

Sehr geehrter Herr Dobrindt,

beim Neujahrsempfangs der CSU-Ortsgruppe Weilheim sprachen Ihre Parteikollegen von einer „**Schockmeldung**“ für Weilheim. Gemeint war die Tatsache, dass die Aufnahme der Weilheimer Ortsumfahrung in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans einer nochmaligen Überprüfung unterzogen werden sollte, angeregt durch Leon Eckert, MdB von Bündnis 90/Die Grünen und stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss.

Angesichts dieser „Schockmeldung“ waren denn auch Ihre Grußworte an die Parteikollegen fast ausschließlich dem Thema Ortsumfahrung - bzw. wie Sie es nennen „Entlastungsstraße“ - gewidmet. Ihr Unmut über „gerade diejenigen, die mit unserer Heimat gar nicht verbunden sind, weder bei uns wohnen, noch sich dafür interessieren“, die nun nach Ihren Worten versuchen würden, „rechtsstaatliche Entscheidungen (...) im Nachhinein zu korrigieren“ war dann auch deutlich spürbar.

Wir als Bürgerinitiativen vor Ort (Schutzgemeinschaft Gögerl und Weilheimer Osten e.V., Heimat 2030 sowie Marnbach/Deutenhausen) möchten Ihre Worte zum Anlass für eine Stellungnahme nehmen.

### **Zum Begriff „Entlastungsstraße“:**

Durch den jahrelangen und immer noch andauernden Gebrauch des Begriffs „Entlastungsstraße“ wurden und werden bei den Bürgern falsche Erwartungen geweckt. Man erweckt den Eindruck, es würde um die Entlastung von Weilheims Innenstadt gehen. Tatsächlich handelt es sich jedoch um den Ausbau der gesamten B2 als Nord-Süd-Achse von Starnberg bis Garmisch, was sich auf den Seiten der Stadt wie folgt liest: „Die Stadt Weilheim liegt an der überörtlich bedeutsamen Verkehrsachse B2. Sie verbindet Starnberg mit Garmisch-Partenkirchen und führt weiter bis zur deutsch-österreichischen Grenze bei Mittenwald“. Angesichts der bisher bekannten Planungen vom staatlichen Bauamt ist somit von einer deutlichen Zunahme der Lärm- und Abgasbelastung für die Weilheimer Bürger auszugehen, und das nicht nur in den neu entstandenen Wohngebieten, die unmittelbar am Trassenverlauf der Umfahrung liegen.

Das Projektinformationssystem (PRINS) zum Bundesverkehrswegeplan bescheinigt zudem der Umfahrung Weilheim, dass keine, also „0“, Einwohner vom Verkehrslärm entlastet werden. Die neuen Wohngebiete wurden hierbei noch nicht einmal berücksichtigt.

Laut Verkehrsgutachten von Prof. Dr.-Ing. Kurzak vom 29.01.2018 wird der Verkehrsrückgang für ganz Weilheim mit nur 300 Kfz veranschlagt. Das entspricht einer Entlastung um 0,29 % gegenüber 2017 (Seite 24, Tab.7). Eine spürbare Verkehrsreduzierung ist durch die Umfahrungsstraße in Ihrem Heimatort Peißenberg nicht eingetreten, wo stattdessen bereits über die Einführung von Tempo 30 auf der Ortsdurchfahrt diskutiert wurde.<sup>1</sup> Dies dürfte in Weilheim nicht anders sein. Hauptaugenmerk bei der Planung solcher Straßen ist die Leistungssteigerung (siehe PRINS – 1.2 Grunddaten - Begründung der Dringlichkeitseinstufung). Im Wort Leistungssteigerung ist bereits die aus dem Straßenbau resultierende Verkehrszunahme impliziert. Zudem wird das Problem zusätzlich auf die angrenzenden Orte, seien es Kommunen, Weiler oder Anwesen, verlagert. Naherholungsgebiete und landwirtschaftliche Flächen werden verlärm, durchschnitten und zerstört.

### **Gestaltungsmöglichkeiten bei der Stadtentwicklung:**

Nach Ihren Worten hängt die Entwicklung der Stadt davon ab, dass der Verkehr aus der Stadt herausgebracht werde.

Fakt ist, dass ein Großteil des innerstädtischen Verkehrs durch den Binnen- bzw. Quell- und Zielverkehr verursacht ist und somit durch eine Umfahrung nicht reduziert werden kann.

Sie bringen als Beispiel die positive Entwicklung des Marienplatzes, nachdem dieser 1976 zur Fußgängerzone wurde. Offenbar steht man in Weilheim solchen Entwicklungen jedoch keinesfalls

---

1 <https://www.merkur.de/lokales/weilheim/bald-tempo-30-auf-der-ortsdurchfahrt-90681973.html>

stets positiv gegenüber, denn der Versuch den Verkehr durch eine Erweiterung der Fußgängerzone weiter aus der Stadt zu verlagern, scheiterte.

Die Stadt Weilheim hat sich in den letzten Jahren durch immer neue Gewerbegebiete am Stadtrand sowie deren Zubringer und die geplanten bzw. noch in Realisierung befindlichen Großprojekte bereits etlicher Gestaltungsmöglichkeiten für weiteres Wachstum beraubt. Zumindest, wenn man Wachstum nicht nur im Sinne von Gewerbegebieten und „ertüchtigten“ Straßen definiert, sondern auch im Hinblick auf den Erhalt von Naherholungsgebieten, Frischluftschneisen etc. und Wohngebiete und Schulen nicht von Umgehungsstraßen umzingelt sein sollten. Zur Lebensqualität einer Stadt gehört heutzutage mehr als die bebaute Wiese draußen vor den Toren.

### **Teilfortschreibung Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)<sup>2</sup>:**

Bereits heute ist eine Zunahme des Verkehrs auf der B2 zu beobachten, die aus dem Anschluss der A96 über Gilching resultiert und sowohl den Augsburgern als auch den Fahrzeugen aus dem Münchner Norden eine komfortable Route gen Süden bietet. Die geplante „Ertüchtigung“ der Achse Starnberg – Garmisch/Mittenwald mit den vorgesehenen massiven Verbreiterungen und Einschleifungen im Rahmen der Ortsumfahrungen führt daher bei den Gemeinden entlang der B2 zunehmend zu Widerstand gegen die geplanten Maßnahmen.

Sie bedingt massive Eingriffe in Landschaft und Natur, die den im Landesentwicklungsprogramm (LEP) formulierten Zielen teils diametral entgegenstehen:

Die „Neuinanspruchnahme von Flächen in Bayern“ soll verringert werden (S. 10), die Flächennutzung „nachhaltig und sparsam“ sein (S.14).

„Aus-, Umbau- und Neubaumaßnahmen zur Ergänzung des Verkehrswegenetzes haben so umweltverträglich und ressourcenschonend wie möglich zu erfolgen“ (S. 75).

„Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs (soll) gesteigert werden, so dass dieser einen möglichst großen Anteil des motorisierten Individualverkehrs übernehmen kann“ (S. 59).

Notwendig sei „der Erhalt der (...) naturräumlichen und kulturhistorischen Vielfalt im Orts- und Landschaftsbild“ (S. 56) sowie die „Stärkung der zusammenhängenden Landschaftsräume“ (S. 64).

„Unzerschnittene verkehrsarme Räume sollen erhalten bleiben“ und „weiterhin vor Lärm geschützt werden“ (S. 112), um der immer stärker werdenden Verinselung von Lebensräumen und „damit vor allem ... Störungen von ökologisch-funktionalen Verflechtungen“ entgegenzuwirken. (S. 115).

„Die ländlichen Räume mit Verdichtungsansätzen sollen so entwickelt und geordnet werden, dass (...)

- „auf eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Bewältigung des hohen Verkehrsaufkommens“ hingewirkt wird (S. 49).
- „ausreichend Gebiete für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung erhalten bleiben“ (S.50).

„Bedeutende, durch Wasserschutzgebiete oder Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete geschützte Trinkwasservorkommen sollen für die zukünftige Nutzung dauerhaft erhalten bleiben“ (S. 118).

In Anbetracht zunehmender Starkregenereignisse sollen „Versickerungsmöglichkeiten und -kapazitäten insbesondere durch Gewässer-, Moor- und Auenrenaturierungen, abflussbremsende Boden- und Landschaftsstrukturen und die Verbesserung des Wasserrückhalts von Böden durch angepasste Landnutzung verbessert werden“ (S. 120).

Um Hitzestress in den Städten besser entgegenzuwirken, ist bei der „künftigen Ausgestaltung von Raum- und Siedlungsstruktur“ die „Freihaltung von Frischluft- und Kaltluftleitbahnen“ zu berücksichtigen (S. 24).

Angesichts all dieser Aspekte ist der Ausbau der B2 in dieser Form nicht mehr zeitgemäß und sollte sehr wohl noch einmal in Frage gestellt werden. Leon Eckert hat mit seinem Vorschlag also nur die Anliegen von vielen Weilheimer Bürgerinnen und Bürgern aufgegriffen, die diese durch eine

---

2 [https://www.landesentwicklung-bayern.de/fileadmin/user\\_upload/landesentwicklung/Dokumente/Instrumente/Landesentwicklungsprogramm/LEP\\_Teilfortschreibung\\_Dezember\\_2021/Entwurf\\_LEP\\_als\\_Lesefassung.pdf](https://www.landesentwicklung-bayern.de/fileadmin/user_upload/landesentwicklung/Dokumente/Instrumente/Landesentwicklungsprogramm/LEP_Teilfortschreibung_Dezember_2021/Entwurf_LEP_als_Lesefassung.pdf)

Unterschriftenüberreichung an Sie im Januar 2017 sowie etliche Demonstrationen zum Ausdruck gebracht haben.

Mit freundlichen Grüßen,

Stefan Schwaller	Bürgerinitiative Heimat 2030
Karin Knöthig	Bürgerinitiative Heimat 2030
Oliver Kraeft	Bürgerinitiative Heimat 2030
Heidrun Lange	Bürgerinitiative Heimat 2030
Dr. Bernhard Greiner	Schutzgemeinschaft Gögerl und Weilheimer Osten e.V.
Sissi Windele	Schutzgemeinschaft Gögerl und Weilheimer Osten e.V.
Josef Niedermaier	Bürgerinitiative Marnbach / Deutenhausen
Thomas Grunert	Bürgerinitiative Marnbach / Deutenhausen
Georgia Gast	Bürgerinitiative Marnbach / Deutenhausen
Claudia Mayr	Bürgerinitiative Marnbach / Deutenhausen

Hinweis: Dieser offene Brief geht in Kopie auch an die Presse, an Bundestagsabgeordnete, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und wird über unsere Medien veröffentlicht.